

## **Verbesserungen für Ältere – Verlängerung des Arbeitslosengeldes I beschlossen**

Die Chancen auf dem Arbeitsmarkt sind für ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer schlechter als für jüngere. Zum Jahresbeginn hat der Deutsche Bundestag daher die Verlängerung des Arbeitslosengeldes 1 für Ältere beschlossen. Das ist ein Erfolg für die Bayern-SPD.

Folgende Verbesserungen hat die SPD erreicht: Über 50-jährige bekommen jetzt 15 Monate ALG 1, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer über 55 erhalten 18 Monate lang ALG 1, und ab 58 Jahren verlängert sich die Bezugszeit auf zwei Jahre. Unterbrechungen in den letzten fünf Jahren spielen für den Anspruch keine Rolle. Das kommt vor allem Frauen zu Gute, und den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in Ostdeutschland.

Schon seit geraumer Zeit fordert die BayernSPD diese Verlängerung, sie hat den Parteivorsitzenden Kurt Beck bei seinem Vorstoß im vergangenen Jahr unterstützt und dafür gesorgt, dass der Bundesparteitag einen entsprechenden Beschluss verabschiedet. Auch dank Ludwig Stiegler, der im Wesentlichen an den Verhandlungen mit der Union beteiligt war, hat die SPD die entsprechende Gesetzesänderung jetzt durchgesetzt.

Die Union hat der SPD auf dem Weg dahin dicke Brocken vor die Füße geworfen: „Arbeiterführer Rüttgers“ wollte die Generationen gegeneinander ausspielen. Das konnte die SPD verhindern. Damit ist der Parteitagsbeschluss der CDU, die Verlängerung für Ältere durch Kürzungen bei den Jüngeren zu finanzieren, endgültig vom Tisch.

Die Verhandlungen wiederum hat die Union so sehr rausgezögert, dass rund 40 000 Menschen mit dem Jahreswechsel auf den ALG 2-Satz herabgerutscht sind. Die Betroffenen müssen rückwirkend ausgezahlt werden, da die Union das Gesetz nicht mehr vor Jahresende verabschieden wollte.

Leidtragende sind auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Arbeitsagenturen und Kommunen, die mit einem erheblichen bürokratischen Mehraufwand zu kämpfen haben. Die großen Bürokratieabbauer in der CDU und CSU muten ihnen das zu.

Die BayernSPD lässt nicht locker. Sie wird sich weiterhin für ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einsetzen und für eine Verbesserung ihrer Chancen.